Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 12. Februar 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Abgeordneter **Dorn**

Was hat die Bundesregierung getan, um beim Bau der Tiefgarage auf dem Bonner Münsterplatz die Errichtung des Bauwerks als Mehrzweckbau im Sinne des Schutzbaugesetzes zum Schutz der Bevölkerung zu erreichen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter Dröscher Hält es die Bundesregierung für richtig und mit dem Grundgesetz vereinbar, daß nach § 32 des Bundesjagdgesetzes der Wildschaden, der an Weinbergen entsteht, nicht ersetzt wird, wenn die Herstellung von kostspieligen Schutzvorrichtungen unterblieben ist, während bei Wildschäden an sonstigen landwirtschaftlich genutzten Grundstücken dem Grundstücksbesitzer ein Anspruch auf Ersatz des Schadens zusteht?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

III. 1. Abgeordneter
Börner

Wie viele gemusterte Wehrpflichtige sind 1964 nach Einberufung und Antritt des Grundwehrdienstes wieder aus der Bundeswehr entlassen worden, weil Tbc-Erkrankungen festgestellt wurden?

III. 2. Abgeordneter Börner

Ist vom Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, bei den Musterungen in Zusammenarbeit mit den Landesschirmbildstellen eine Durchleuchtung für die Wehrpflichtigen anzuregen, damit Lungenerkrankungen frühzeitig vor Antritt des Dienstes erkannt werden können?

III. 3. Abgeordneter Schultz

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Landesbehörden und auch staatliche Institute Bewerbern in Aussicht stellen, daß sie bei Annahme der Stellung mit der Befreiung vom Wehrdienst rechnen können?

III. 4. Abgeordneter Schultz

Gibt es für den in Frage III/3 genannten Hinweis irgendwelche gesetzlichen Voraussetzungen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen Ist der Bundesverkehrsminister bereit, die Möglichkeit der Beleuchtung des Rhein-Main-Schnellweges zwischen Wiesbaden und Frankfurt (Main) zu prüfen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter Dröscher Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob die nach § 69 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vorgesehene Ablösung des öffentlichen Baudarlehens unter Inanspruchnahme eines Nachlasses, die bisher nur bei Familienheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen gewährt wurde, auch auf mit solchen Darlehen hergestellte Mietwohnungen, die im Besitze eines Eigentümers mit bescheidenem Einkommen sind, ausgedehnt werden kann?

Bonn, den 8. Februar 1965